

ZUM ANTRAG „POLITISCHE PARTIZIPATION UND DEMOKRATISCHE MITBESTIMMUNG DER NÄCHSTEN GENERATION: EIN LANDESJUGENDPARLAMENT FÜR NORDRHEIN-WESTFALEN! (DRUCKSACHE 17/14281)“

Über den vorliegenden Antrag der Landtagsfraktionen von CDU und FDP mit dem Titel „Politische Partizipation und demokratische Mitbestimmung der nächsten Generation: Ein Landesjugendparlament für Nordrhein-Westfalen!“ sind wir als Landesjugendring NRW stark irritiert.

Wir möchten klarstellen: An dem vorliegenden Antrag wurde der Landesjugendring NRW in keiner Weise beteiligt – über sein Entstehen noch nicht einmal informiert.

Wir sind durch unsere Expertise seit Jahrzehnten bewährte politische Gesprächspartner_innen zu den Anliegen von Kindern und Jugendlichen. Es ist unsere Aufgabe, die Interessen junger Menschen zu vertreten. Wir bringen uns als Zusammenschluss der 25 auf Landesebene organisierten Jugendverbände an vielen Stellen politisch ein, zum Beispiel in Anhörungen im Landtag oder mit eigenen Fachveranstaltungen zu aktuellen politischen Fragestellungen.

Seit Beginn der aktuellen Legislaturperiode geht es verstärkt und ganz konkret um die Frage, wie die Landesregierung mehr Beteiligung für junge Menschen an politischen Prozessen im Land ermöglichen kann. Dazu führen wir als Landesjugendring NRW seit 2016 Gespräche mit den jugendpolitischen Sprecher_innen der vier demokratischen Fraktionen des nordrhein-westfälischen Landtages – gemeinsam mit dem Kinder- und Jugendrat NRW und der Landesschüler*innenvertretung NRW.

In dem vorliegenden Antrag wird unsere gemeinsame Vereinbarung von 2017 erwähnt. Sie findet sich [hier](#). In dieser heißt es unter anderem:

“Der Landtag begrüßt, dass die Landtagsfraktionen ihren Willen bekräftigen, den Prozess „Jugendpartizipation“ auch über die 16. Wahlperiode hinaus gemeinsam mit den jugendpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Landtagsfraktionen und mit Vertreterinnen und Vertretern des Landesjugendrings, des Kinder- und Jugendrats NRW und der LandesschülerInnenvertretung fortzusetzen. Ziel soll es sein, den Prozess zur Beteiligung junger Menschen auf Landesebene sicherzustellen und voranzutreiben. Dabei sollen die Interessen und Bedürfnisse der Jugendlichen sowie nach Möglichkeit wissenschaftliche Erkenntnisse und Erfahrungen aus dem In- und Ausland berücksichtigt werden.”

Der hier beschriebene Prozess meint eine strukturelle Verankerung junger Beteiligung an Politik. Schon früh haben wir den Regierungsfractionen unsere Fragen zum Vorhaben gestellt, ein Landesjugendparlament einzurichten. Wir befürchten eine mögliche Verengung der Frage nach Jugendbeteiligung auf ein einziges Instrument mit möglicherweise hohen Zugangsvoraussetzungen. Bis zum heutigen Tag haben die Regierungsfractionen kein konkretes Konzept für diesen Vorschlag erbracht.

Positionierung

ZUM ANTRAG „POLITISCHE PARTIZIPATION UND DEMOKRATISCHE MITBESTIMMUNG DER NÄCHSTEN GENERATION: EIN LANDESJUGENDPARLAMENT FÜR NORDRHEIN-WESTFALEN! (DRUCKSACHE 17/14281)“ vom 28. Juni 2021

Unter anderem aus diesem Grund haben wir die Forderung aufgestellt, eine Jugendstrategie für NRW zu entwickeln. Diesem Vorschlag liegt der dringende Bedarf zugrunde, Jugendbeteiligung im Land breit zu denken und krisensicher zu verankern. Ein vielfältiger Mix unterschiedlicher Maßnahmen soll Sorge tragen, dass möglichst viele junge Menschen möglichst niederschwellig das politische Geschehen im Land mitgestalten können. Außerdem verfolgt eine Jugendstrategie das Ziel, Jugendpolitik als politisches Querschnittsthema zu verankern, das in allen Ressorts eine Rolle spielt – nicht nur im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie. Die einschneidenden Erfahrungen während der Pandemie haben die Notwendigkeit einer solchen Strategie auf drastische Art und Weise deutlich gemacht. Noch im November des letzten Jahres haben alle demokratischen Fraktionen ihre Unterstützung für diesen Vorschlag signalisiert und sich mit uns auf die Weiterarbeit an einer Jugendstrategie verständigt. Mehr Informationen dazu [hier](#).

Die Jugendstrategie war auch zuletzt (konkret am 27.05.2021) Inhalt der Gespräche zwischen Landesjugendring NRW und den demokratischen Fraktionen. Von der Initiative eines Antrags zum Landesjugendparlament war keine Rede.

Wir stellen fest: An der vorliegenden Initiative zur Stärkung von Jugendbeteiligung wurde die Jugend nicht beteiligt.

Die Übertragung der Aufgabe zur Entwicklung eines Konzeptes für ein Landesjugendparlament an den Ältestenrat wird den Prozess weiter verzögern. Es ist nicht damit zu rechnen, dass noch in dieser Legislatur Ergebnisse umgesetzt werden können. Damit tritt ein, was wir befürchten: fruchtlose Diskussionen um ein Landesjugendparlament verhindern dringend notwendige und entscheidende Weiterentwicklungen der Eigenständigen und Einmischenden Jugendpolitik in NRW. Diese müssen aus unserer Perspektive in einer umfassenden Jugendstrategie festgeschrieben werden. Eine Absenkung des Wahlalters ist ein unverzichtbarer Bestandteil einer solchen Strategie.

Wir appellieren an alle demokratischen Fraktionen: Lasst uns nicht im Regen stehen! Wir sind weiterhin bereit, gemeinsam an der Stärkung von Jugendbeteiligung im Land zu arbeiten – solange dies transparent und auf Augenhöhe geschieht.

Der Landesjugendring NRW ist die Arbeitsgemeinschaft von 25 Jugendverbänden in NRW. Wichtigstes Anliegen ist, dass Kinder und Jugendliche unabhängig von ihrem sozialen Status, ihrer Religion oder Herkunft gehört werden und die Welt um sich herum mitgestalten können. Wir vertreten ihre Interessen in Öffentlichkeit und Politik – seit 1948.

Ansprechpartnerin:

Jil-Madelaine Blume

Referentin für Einmischende Jugendpolitik

Mobil: 0176 55 12 38 13

Telefax: 0211 49 76 66-29

E-Mail: blume@ljr-nrw.de